



Andrea Swoboda
Börje Wichert
(SprecherInnen BV Ruhr)

Bündnis 90/Die Grünen Bezirksverband
Ruhr
Meisenweg 10
58285 Gevelsberg
Tel. 02332 - 554285
Email: susanne.dippel@gruene-ruhr.de



Kai Gehring
Mitglied des Deutschen Bundestages

Wahlkreis
Limbeckerstr. 48-50
45127 Essen
Tel: (0201) 26 98 200
Fax: (0201) 26 98 249
Email: Kai.gehring@wk.bundestag.de

Essen/ Düsseldorf, im März 2008

Vorgehen gegen Hassmusik vor Ort

Liebe Freundinnen und Freunde,

in Essen ist es den Grünen in dieser Woche gelungen, den geplanten Auftritt des jamaikanischen Hassmusikers Bounty Killer zu verhindern. In seinen Songs ruft er offen dazu auf, schwule Männer zu ermorden. Die Stadt Essen hat nach grüner Intervention den Konzertveranstaltern an zwei Veranstaltungsorten abgesagt – zuerst im Jugendzentrum Essen, dann in der Weststadthalle. Wir haben als Grüne gemeinsam mit Lesben- und Schulenverbänden dabei deutlich gemacht, dass **Hetze gegen Minderheiten** keinesfalls zur weltoffenen Kulturhauptstadt Essen passt. Mit den Absagen des Konzerts konnten wir verhindern, dass einem Interpreten mit menschenverachtenden Inhalten in seinem Repertoire, eine Bühne geboten wurde. Weitere Infos findet ihr unter: <http://www.kai-gehring.de/Meldungen.866.0.html>

Immer wieder kommt es in **Ruhrgebietsstädten** zu Konzerten, in denen Hassmusiker Minderheitenfeindlichkeit schüren. Am 19. Mai ist beispielsweise ein Konzert von Sizzla („Erschieß den Schwulen!“) in Dortmund geplant. Ragamuffin- oder Dancehall-Reggae kann dabei genauso volksverhetzend, jugendgefährdend und rassistisch sein wie rechtsextremistischer und antisemitischer Nazi-Rock oder die Musik einzelner Gangsta-Rapper. **Diskriminierende Hassmusik** in jeder Form ist nicht hinnehmbar, wir müssen dagegen lokalpolitisch vorgehen und aktiv werden. Wir haben dabei vor Ort die Möglichkeit, Farbe gegen Intoleranz zu bekennen, **für**

Weltoffenheit einzutreten und gegen den Auftritt bestimmter Musiker öffentlichkeitswirksam zu protestieren. Entscheidend für eine gezielte Auseinandersetzung ist dabei die **Frage des Veranstaltungsortes**: Bei privatwirtschaftlichen Betreibern von Veranstaltungsorten hilft vor allem öffentlicher Protest. Ihr könnt dazu **Pressearbeit** machen, **Protest-Briefe** an die Betreiber und Veranstalter schicken oder sogar Anzeige erstatten bei Polizei und Staatsanwaltschaft, wenn der Verdacht auf Volksverhetzung besteht. In Kultur- und Jugendhilfeausschüssen könnt ihr Einfluss darauf nehmen, ob Hassmusiker in Einrichtungen auftreten dürfen, die von der Stadt oder dem Land finanziert oder teilweise gefördert werden. Ihr könnt **Rechenschaft von der Stadt** und den zuständigen Beigeordneten einfordern und kritisch nachfragen. Darüber hinaus könnt ihr alle Behörden und anerkannten Träger der freien Jugendhilfe dazu auffordern, ein **Indizierungsverfahren** bei der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien zu empfehlen und damit in Gang zu setzen. Zur Indizierung nach gesetzlichem Jugendmedienschutz – u.a. über Antrags- und Empfehlungsberechtigte und Listen mit Indizierungen – findet ihr umfassende Informationen im Internet unter dem Link:
<http://www.bundespruefstelle.de/bmfsfj/generator/bpjm/root.html>

Die für die Vergabe öffentlicher Veranstaltungsräume bei der Kommune Zuständigen sollten außerdem regelmäßig in kurzen Abständen eine **Indexliste** bei der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien abfragen, um so einen Überblick über die Hassmusikszene zu gewinnen.

Selbstverständlich könnt ihr bei konkreten Debatten vor Ort auch zu **Veranstaltungen** einladen, die sich z.B. besonders an Jugendliche und Kulturschaffende richten. Hierbei ließe sich gut u.a. mit Schwulen- und Lesbenverbände sowie eurer Grünen Jugend kooperieren.

Folgende **grüne Botschaften** sind bei der lokalen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit gegen Hassmusik besonders wichtig und wirksam:

- **Wir wollen die weltoffene Gesellschaft verteidigen:** Es muss klar sein: Wer zu Hass anstachelt oder sogar zum Mord an Schwulen aufruft, soll dafür keine Bühne und kein Forum bekommen – weder in Essen noch im Ruhrgebiet. Wir erwarten von Veranstaltern und öffentlichen Einrichtungen Distanzierung statt Bagatellisierung gegenüber Hassmusik(ern).
- **Wir wollen die Gesellschaft sensibilisieren:** Wir brauchen in Deutschland ein gesellschaftliches Bewusstsein dafür, dass Schwulenfeindlichkeit genauso inakzeptabel ist wie Ausländerhass und Antisemitismus. Daher müssen wir die begonnene breite Debatte über Hass-Musik fortsetzen.
- **Menschenrechte und Minderheitenschutz dürfen kommerziellen Interessen nicht untergeordnet werden:** Wer Hassparolen verbreitet, soll damit kein Geld verdienen können. Musikproduzenten, Veranstalter und Medien tragen eine hohe Verantwortung für das gesellschaftliche Klima. Sie müssen dieser gerecht werden und sich einem kritischen Dialog stellen.
- **Kunstfreiheit ist ein hohes Gut, gilt aber nicht unbegrenzt:** Sie hat dort ihre Grenzen, wo zu Diskriminierung, Gewalt oder gar Mord aufgerufen wird,

Minderheitenfeindlichkeit geschürt oder Volksverhetzung betrieben wird. Es ist übrigens gelebte Meinungsfreiheit, Kritik an diskriminierenden Songtexten zu üben.

- **Volksverhetzung ist und bleibt verboten.** Daher muss noch im Umlauf befindliche Hassmusik indiziert werden. Von den Indizierungsverfahren der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien muss Gebrauch gemacht werden, wenn und wo notwendig.
- **Wir wollen die „Selbstreinigungskräfte“ der Musik-Community stärken:** Minderheitenfeindlichkeit hat mit Musik- und Jugendkultur nichts zu tun. Konsumenten müssen klar machen, dass sie Hetze und Gewaltaufrufe nicht tolerieren. Regionale Musiker und Künstler können sich von Hass schürenden Kollegen distanzieren.

Diese und weitere Punkte können wir vor Ort durchargumentieren. Damit schärfen wir auch unser Profil als **Bürgerrechts- und Menschenrechtspartei** – die sich nicht wegduckt, wenn benachteiligte Gruppen attackiert werden.

Bei **Rückfragen und Anregungen** könnt ihr euch gerne an uns wenden!

Herzliche Grüße,

Kai Gehring MdB

Andrea Swoboda

Börje Wichert